

Erstein
an allen Verträgen.
Bezugspreis
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Stempelpreis 4246, 2273.
3110, 3249

Postkonten für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausbreitung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis
f. d. Geschäftsstelle im
Angebotteil innerlich
Polen 40.—
Reklame 120.—
Für Anzeigen aus
Deutschland 3.50 M
im Reklame 10.—
in deutscher Warte.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Panslawinische Träume.

46 v. H. sämtlicher Bewohner der Tschechoslowakei sind Tschechen, 26 v. H. Deutsche, 14 v. H. Slowaken, 14 v. H. Magyaren, Polen und Ruthenen. Wir müssen in diesem Gebilde daher eine verschlechterte Neuanlage Österreichs erblicken, das sich aus 34 v. H. Deutschen, 18 v. H. Tschechen, 16 v. H. Polen, 14 v. H. Ruthenen und dem Rest Slowaken, Italienern, Rumänen und Magyaren zusammensetzte. Statt neun Nationen sind es allerdings nur fünf, aber keine ist derart überwiegend, daß sie der Tschechoslowakei das Gepräge eines Nationalstaates geben könnte, selbst wenn man der tschechischen Nation die slowakische zurechnet, wogegen sich bekanntlich viele Slowaken wehren.

Ein einsichtiger Tscheche, Dr. Fr. Jollik, ließ kürzlich in Prag ein Büchlein „Wie wir uns entösterreichern“ erscheinen, das freilich prompt beschlagnahmen wurde. Trotz dem von den Tschechen viel gebrauchten Schlagwort vom „Entösterreichern“ sei, so führt Jollik aus, in der Tschechoslowakei alles viel schlechter und rückständiger als im alten Österreich, dem die tschechoslowakische Republik nicht nur in ihrer ethnographischen Grundlage gleicht. Die Verfassungsgrundgesetze, die Verfassungsurkunde, das Sprachengesetz alle Wahlgesetze usw. seien in der Tschechoslowakei ohne Mitwirkung der Deutschen von einer selbsternannten tschechischen Nationalversammlung festgesetzt worden. Diese von zentralistischem Geiste erfüllte Verfassung sei alles andere als eine Nachbildung des Schweizer Modells, welches doch einzig und allein nationalgetrennte Staaten auf die Dauer lebensfähig halte. Die Deutschen würden nach dem Muster des berückichtigten ungarischen Nationalitätengesetzes zu einer bloßen Minderheit herabgedrückt, die sprachlich erst dann anerkannt würde, wenn sie in einem Bezirk 20 v. H. der Bevölkerung erreiche. Die Tschechen aber, die in Österreich jede Zentralisierungspolitik mit den schärfsten Mitteln bekämpften hätten ihrerseits nun im neuen tschechischen Staat alles verstaatlicht; z. B. die Krankenversicherung, die deutsch-böhmischen Privatbahnen, den Sicherheitsdienst in den Gemeinden usw. Maßgebend waren hierfür nicht wirtschaftliche Gründe, sondern die Durchsetzung ihrer Sprachenpolitik. Er schließt den ersten Absatz seines Büchleins mit den Worten: „Wenn wir uns nicht bis zum letzten Atem mit den Deutschen verständigen, so wird die Republik (wenigstens in ihrer jetzigen Gestalt) ebenso zerfallen, wie Österreich und Ungarn zerfallen sind, weil sie es nicht verstanden haben, ihre Völker rechtzeitig politisch zuzufriedenstellen.“

Dr. Jollik steht fast allein da. Allein gegenüber jener großen Gruppe, die trotz der unsicheren Grundlage, auf der das tschechoslowakische Staatsgebilde ruht (oder auch gerade deswegen), die chauvinistischen Pläne entwirft. Um den tschechoslowakischen Staat am Leben zu erhalten, erscheint dieser Gruppe von Chauvinisten das Festhalten an folgenden drei Grundsätzen für die Politik der Tschechen als unerlässlich: 1. Die Pariser Verträge dürfen nicht überprüft werden. 2. Das Deutsche Reich und über dessen Grenzen hinaus das deutsche Volk müsse geschwächt, Deutschland muß vom Osten (Rußland) abgeriegelt werden. 3. Die Verbindung der drei Westslawenreiche (Tschechoslowakei, Polen, Südslawien) muß möglichst eng sein bis zur Errichtung eines großen osteuropäischen Slawenreiches nach Vertreibung der Bolschewiken. Die kleine Entente ist nur ein zeitweiliges Hilfsmittel.

Diese Pläne sind nicht von heute und gestern, sondern stehen auf einem alten panslawistischen Fundament. Das bezeugt eine interessante Denkschrift, die von den heutigen tschechischen Machthabern bereits Ende 1917 maßgebenden Ententegegnern vorgelegt und 1919 den tschechischen Vertretern bei der Friedenskonferenz als Handbuch mit der Weisung mitgegeben wurde, den darin vertretenen Gedanken unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. Diese bedeutungsvolle Vorrede plaudert ihr Verfasser Hanns Kuffner in „Nas stat a svetovy mir“ (Unser Staat und der Weltfrieden, mit 5 Karten, auszugsweise bei F. Springer, Prag I, Sileska ul. 24, erschienen) aus. Subtendentische Pländer haben bisher unumwunden den derzeitigen tschechischen Machthabern und Außenminister Dr. Beneš als Verfasser der Denkschrift bezeichnet.

Deutschland müßte, so schlägt die Denkschrift 1917 bereits vor, bis zur völligen Enttötung ausgedehnt werden. Vom Meere abgegrenzt, müßte es seinen Handel verlieren; die Wasserstraßen des Rheins, der Weser, der Elbe und der Donau dürften nicht in seiner Hand verbleiben; kein stehendes Heer, keine Waffen, keine Kriegsausstattungsgegenstände und -industrie und möglichst keine Rohstoffe seien ihm zu belassen. Im Interesse von Prag müsse Berlin und Wien verschwinden, die Elbe bis Hamburg, die Donau von Regensburg bis Wien tschechisch beherrscht sein. Ein starker tschechischer Staat in Mitteleuropa auf Kosten Deutschlands, der in einem Innern der letzten Schatten des politischen Deutschlands auszumergen imstande wäre, würde zugleich die Entente vor deutscher Rivalität zu Wasser und zu Lande befreien. Die Tschechoslowakei bedürfte dazu: Sicherung des Elbetoeres durch einen Brückenkopf, Erwerbung der beiden Lausitz und Schlesiens bis an die Oder, welche die gemeinsame Grenze zwischen Polen und Böhmen zu bilden habe;

das Borland des Fichtelgebirges bis zur Raab und Haide, von dort bis zur Donau bei Regensburg. Zur Sicherung der Donau an der Donau über Bruck bis an den Neusiedler See und quer durch die Wiener Berge bis zur historischen Königsburg der Magyaren, Wien, welche der südliche Stützpunkt des neuen tschechischen Staates an der Donau werden sollte.

Den Kern Deutschlands — bestehend aus Teilen Sachsens und Bayern, sowie Hessens, Württembergs und Badens —, der als eine deutsche Reservation (gleich der Indianer-Reservation) bestehen bleiben könnte, zu entdeutschen, hätte keinen Sinn, dafür aber alle übrigen deutschen Gebiete, die nach Auffassung der Tschechen nur von der Nachkommenschaft gewaltsam eingedeutschter Völker bewohnt werden. Frei müßten auch die Friesen, die Dänen, die Pommern, die Danziger, die Schlesier und die übrigen Slawenstämmen werden, und in den befreiten Gebieten müßte man den Völkern auch die ursprüngliche Muttersprache zurückgeben. Eine deutsche politische Kolonie an der Donau zu dulden, würde Selbstmord bedeuten. Da der Südslawentum bis über die Nordgrenze Steiermarks vorgeschoben, Nordtirol und Voralberg aber mit der Schweiz vereinigt und der romanischen Interessensphäre unterstellt werden soll, bleibt nach diesem Plan von Österreich nur ein schmaler Streifen, der von Salzburg durch den südlich der Donau gelegenen Rest Österreichs ob und unter der Enns und Westungarns bis zum Plattensee reicht. Dieses Mittelland (Stredomezi) wäre eine neutrale Zone für den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den Tschechen und Südslawen, müßte aber vollständig entdeutscht und durch die „slawische Bevölkerung“ Wiens und die tschechischen und slowenischen Rückwanderer besiedelt werden. Die Verwaltung sei zwischen den Tschechen und Slowenen zu teilen, im Krisenfall mit Deutschland hätte die Bevölkerung teils ins tschechische, teils ins serbische Heer einzutreten.

Nicht auf die Einzelheiten dieser ungeheuerlichen Pläne kommt es an, sondern auf den Geist, der aus ihnen spricht. Es ist derselbe Geist, der 1919 in Paris den Schicksalspruch über Europa sprach und der 1921 die Welt wirtschaftlich an den Rand des Abgrunds brachte. Er erscheint hier in scheinbar neuer, im Grunde aber schon sehr alter Gestalt: in der Gestalt eines Panslawismus, der sich, bewußt oder unbewußt, in den Dienst von Paris stellt.

Polen, Tschechoslowakei und Rußland.

Mit den Beziehungen Polens zu der Tschechoslowakei und mit der Bedeutung der künftigen wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten zu Rußland für ihr gegenseitiges Verhältnis beschäftigt sich der „Kurier Poznań“ in dem Leitartikel seiner Nr. 298 (29. Dezember). Es heißt dort: „Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland können eine Brücke bilden zur Verbindung zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Die wirtschaftliche Isolierung, in der sich Polen befindet, ist geradezu ein Verhängnis. Wirtschaftliche Bande bilden zugleich eine gewaltige Verstärkung der politischen Macht: was man auf diese Weise erzielen kann, beweist die Politik Deutschlands. Das Geheimnis eines solchen Vorgehens jedoch beruht auf der genauen Kenntnis dessen, in welcher Richtung die Interessen der einzelnen Staaten gehen. Das Verknüpfen von Interessen, die sich absolut feindlich gegenüberstehen, wie zum Beispiel Polens und Deutschlands, muß mit der Zeit zur Unterjochung des schwächeren Teilhabers führen, — und der Schwächere wäre in diesem Falle Polen. Daher müßte man sich bei der Entscheidung über die Richtung der Wirtschaftspolitik nicht nur vom augenblicklichen Nutzen leiten lassen, sondern auch von einer gewissen politischen Perspektive. Soweit es sich um Rußland handelt, waren sich die Tschechen — im Gegensatz zu Polen — immer klar über die Bedeutung der Aufrechterhaltung von wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Reich. Vor kurzem veröffentlichte der tschechische Außenminister und Ministerpräsident Dr. Beneš in der „Prager Presse“ einen Aufsatz, in dem er eine eventuelle Konferenz für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands und Europas in Erwägung zieht und die Probleme dieser immer zeitgemäßen Aufgabe zerlegt. Der Verfasser charakterisiert die tschechische Politik in dieser Angelegenheit als eine Politik der Richteinmischung, zugleich aber als eine Taktik der wirtschaftlichen Durchdringung Rußlands. In dieser Richtung ging die tschechische Politik von Anfang an. Der Verfasser legt Nachdruck auf den Sieg gerade dieser Grundzüge der Beziehungen zu Rußland und erörtert zwischen dem Recht der Teilnahme Tschechiens an einer solchen Konferenz. Es unterliegt im übrigen keinem Zweifel, daß die voraussetzende tschechische Politik schon die Grundlagen der Mitarbeit Tschechiens bei diesen Maßnahmen beschlossen hat. Wir irren uns sicher nicht, wenn wir den Erfolg der polnisch-tschechischen Verständigung gerade diesen Gesichtspunkt der tschechischen Politik zuschreiben. Sie läßt sich nicht von Empfindungen beeinflussen. Jeder Staat muß nach der Ansicht Beneš' daran denken, daß er sich nicht selbst genügen kann und Wege nicht nur innerer, sondern auch äußerer Konsolidierung geben muß. Ohne Leidenschaft und Sentimentalität muß er das wirtschaftliche Für und Wider dieser oder jener inneren Politik oder dieser oder jener Bestrebungen der Außenpolitik berechnen. In der Außenpolitik bedeutet dieses die Erneuerung der früheren Beziehungen, die Befestigung von Konstanten, den Abschluß von Handelsverträgen, die Verbesserung internationaler Verkehrswege und die Befreiung von der einseitigen Abgeschlossenenheit und Absonderung.“ Also unterliegt es keinem Zweifel, daß der Artikel Beneš' berechnet ist, Europa zu beeinflussen, welches alle Lösungen dieser Art mit Befriedigung aufnimmt. Nicht minder aber muß zugegeben werden, daß er eine Reihe von berechtigten Hinweisen auf Dinge enthält, die Polen bis jetzt weder in seiner Innenpolitik noch in seiner Außenpolitik — besonders insofern sie aus dem Belvedere stammte — genügend berücksichtigt. Es ist höchste Zeit, die Reste der politischen Unmündigkeit zu beseitigen.“

Deutschlands Handelsbeziehungen zu Rußland.

Danzig, 29. Dezember. (Sonderteleg. d. „Pos. Tagebl.“) Es wird gemeldet, daß Deutschland Handelsbeziehungen zu Rußland mit Hilfe der internationalen Verkehrs-freien Donau über die Tschechoslowakei und Rumänien aufnehmen will. Verhandlungen hierüber sollen im Gange sein. Beide Länder haben bereits auf Liquidation deutschen Vermögens verzichtet. Polen würde hierdurch den gesamten Durchgangsverkehr nach Rußland verlieren.

Wirtschaftsverhandlungen mit den Sowjets

Warschau, 29. Dezember. Das Außenministerium erhielt von der Regierung der Sowjetunion eine Note, in der Herr Katschinski wiederum die Angelegenheit der angeblich den Aufständischen, die gegen die Sowjets in der Ukraine vorgehen, durch die polnische Regierung gewährte Hilfe berührt. Katschinski spricht in seiner Note weiter die Ansicht aus, daß die schlechten Beziehungen zwischen der polnischen und ukrainischen Regierung das Ergebnis einer unerbittlichen Voreingenommenheit sind, und daß in Kürze an ihre Stelle die Verständigung treten wird. Von dieser Annahme ausgehend, schlägt die Regierung der Sowjetunion der polnischen Regierung die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen zwecks Abschluß wirtschaftlicher Verträge vor. Diese Note beantwortete die polnische Regierung gleichfalls mit einer Note, in der sie, ohne die Vorwürfe, welche den Aufstand in der Ukraine betreffen, zu berühren — dieses Thema ist schon in anderen Noten erörtert worden —, erklärt, daß sie bereit sei, unverzüglich in wirtschaftliche Verhandlungen einzutreten und in dieser Richtung nähere Beziehungen mit der Sowjetregierung anzuknüpfen.

Warschau, 29. Dezember. Während seines Verweilens in Moskau soll der Sowjetabgeordnete Karachan Instruktionen über den Beginn von polnisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen erhalten haben. Diese Verhandlungen sollen sofort nach der Rückkehr Karachans nach Warschau begonnen werden, d. h. noch in der ersten Hälfte des Januar.

Auch England und Frankreich verhandeln mit Rußland.

London, 28. Dezember. Wie aus maßgebender Quelle berichtet wird, haben Lord George und Brian grundsätzlich beschlossene Verhandlungen mit der Moskauer Regierung angekündigt. Tschitscherin und Litwinow sollen wahrscheinlich am 6. Januar nach London eingeladen werden.

Der russisch-italienische Handelsvertrag.

Rom, 28. Dezember. Heute wurde der russisch-italienische Handelsvertrag unter denselben Bedingungen wie der englisch-russische Vertrag unterzeichnet. In politischer Hinsicht ist zu bemerken, daß beide Teile sich verpflichteten, sich aller feindlichen Tätigkeiten und Blockaden zu enthalten. Ein gleicher Vertrag schwebt mit der Ukraine. Die italienischen Zeitungen kommentieren den schnellen Entschluß des Ministers Della Dora in der Weise, daß wahrscheinlich in der Konferenz in Cannes auch die russische Frage besprochen wird.

Das Finanzproblem.

Moskau, 28. Dezember. Im Kremel fand eine Konferenz des „Sowjetkomitee“ statt, die der Finanzlage der Sowjets gewidmet war. An der Konferenz nahmen eingeladene Volkswirtschaftler, unter anderen Professor Bogolepoff, teil. Die Sachverständigen sprachen ihre Meinung einstimmig dahin aus, daß man ohne die Hilfe des Auslandes und ohne Einführung einer neuen Einheitsmünze von ständigem Wert nicht an eine Besserung der Finanzverhältnisse in Sowjetrußland denken könne. Gegenwärtig drücken die Regierungsbudgeteinnahmen bis zu 100 Milliarden Sowjetrubel täglich. Diese Summe deckt nicht einmal die ständig steigenden Ausgaben. In Kürze werden die Papier- und Druckkosten den Wert des gedruckten Geldes übersteigen. Der Goldvorrat verringerte sich auf 20 Millionen Rubel. Als Ergebnis der Beratungen wurde beschlossen, Berechnungen und Schätzungen aller Kostenkosten durchzuführen, die sich im Staatshaushalt befinden.

Tagung der allrussischen Sowjets.

Moskau, 29. Dezember. Am 23. d. M. um 6 Uhr abends wurde die neunte Tagung der Sowjets eröffnet. Nach der Wahl des Präsidiums der Tagung und der Festsetzung der Beratungsordnung hielten die Vertreter Russiens, Aserbeidschans, Armeniens und der Ukraine Begrüßungsansprachen. Im Namen der Ukraine sprach Katschinski. Darauf sprachen die Vertreter der kommunistischen Parteien Japans, Amerikas und Deutschlands. Den ersten Punkt der Tagesordnung behandelte der von der Tagung mit Begeisterung begrüßte Lenin; er begründete die Notwendigkeit, ein neues wirtschaftliches Programm festzusetzen und durchzuführen. Bei Eröffnung der Tagung waren die Abgeordneten und Vertreter fremder Staaten anwesend. Aus der Rede Lenins ist besonders der Abschnitt hervorzuheben, der der Reform der allrussischen außerordentlichen Kommissionsaktion gewidmet ist. Lenin betonte die Verdienste der „Bucschakaja“ im Kampfe mit der Gegenrevolution und allen Verschwörungen und bemerkte, daß ohne diese Anstrengung der Sieg und die Herrschaft des Proletariats unmöglich wären. Weiter kündete Lenin an, daß die Czerezwyczaja in den neuen Verhältnissen Reformen erfordere, daß ihre Funktionen näher bezeichnet werden müßten, und daß ihre Kompetenzen ausschließlich auf politische Angelegenheiten zu beschränken sind. Nach dem Bericht Lenins wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt: Nach Anhören des Berichtes des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare heißt die neunte Tagung der Sowjets die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernregierung für das verfloßene Jahr, sowohl auf dem Gebiete der Innen- wie der Außenpolitik gut. Am zweiten Tage der Sowjettagung wurden Fragen geprüft, die die hungernde Bevölkerung Rußlands betreffen. Der Präsident der Tagung Katschinski hob besonders die Verdienste Katschinskis hervor, und schloß vor, daß das Präsidium Planen dafür seinen offiziellen Dank abstattet.

Der besondere Bericht der englischen Zeitung „Daily Express“ berichtet, daß Lenin folgende Erklärung abgegeben habe: Rußland ist schwach und arm geworden, wird aber eine Ausnutzung dieser Lage durch seine Feinde nicht zulassen und wartet besonders vor allen Versuchen Polens, Rumaniens und Finnlands. Trotz der Krisis in der ganzen Welt behält sich die Bevölkerung der kapitalistischen Staaten Westeuropas passiv und vergrößert nicht das revolutionäre Gefolge. Rußland muß immer vorbereitet sein, ewig.

Angriffe abzuwehren. Die rote Armee ist vorbereitet, aber die beste Lösung der Angelegenheit wäre, in Frieden mit den Nachbarn zu leben. Ein wichtiger Faktor der Aufrechterhaltung der Sowjetmacht ist die Verbesserung der Bauernwirtschaft, darum wird die Sowjetregierung bestrebt sein, die Forderungen der Bauern zu berücksichtigen. Lenin bemerkte ausdrücklich am Schluss seiner Ansprache, daß er nicht als Vertreter der kommunistischen Partei, sondern als Ministerpräsident Russlands spreche.

Die neue „alte“ Militärordnung.

Königsberg, 28. Dezember. Am 1. Januar wird in Sowjetrussland eine neue Militärordnung in Kraft treten, die gestützt ist auf der Dienstordnung, die vor dem Kriege bestand. Durch eine besondere Verordnung führt Troski ganz die frühere Herrschaft der militärischen Führer aller Grade ein und beseitigt vollkommen die Soldatenräte. Alle Versuche einer Aktion seitens der Soldatenräte werden in Zukunft als Verhöhnung angesehen und als solche durch die Kriegsgerichte abgeurteilt werden.

Bolschewistische Freibeuter?

Riga, 27. Dezember. Das dänische Konsulat in Riga hat eine Warnung an die dänischen Schiffsbesitzer gerichtet, bis auf weitere Befehle keine Schiffe nach Russland abgehen zu lassen, da in letzter Zeit eine Anzahl von Schiffen auf geheimnisvolle Weise in der Nähe Rigas verschwunden ist. Man vermutet, daß sie von dem der Sowjetregierung gehörigen Gisebrecher „Binga“ geplündert und mit samt der Mannschaft versenkt worden sind.

Die deutsche Seerettungsgesellschaft fand auf offenem Meer den deutschen Dampfer „Napella“, der vollkommen von russischen Seeräubern ausgeraubt war.

Der Aufstand in Karelien.

Helsingfors, 28. Dezember. Dem Aufstande schließen sich immer neue Gemeinden an. In den letzten Tagen haben die Aufständischen einige Siege zu verzeichnen.

Eine neue Note Tschitscherins.

Helsingfors, 28. Dezember. Tschitscherin überreichte dem finnischen Gesandten eine neue Note in Sachen des Aufstandes in Karelien, in der die in der vorherigen Note enthaltenen Forderungen und Bismärke wiederholt werden. Die Note enthält ferner ein Verzeichnis derjenigen finnischen Bürger, die den Aufständischen Hilfe erwiesen. Der Vertreter der Sowjetregierung in Helsingfors überreichte gleichzeitig der finnischen Regierung eine Verbalnote, in der die Aufhebung der Quarantäne für die aus Russland eintreffenden Kurier und Auspersonellen gefordert wird.

Wiederaufnahme der Oberschlesien-Verhandlungen.

Kattowitz, 29. Dezember. Am Mittwoch wurden die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland in Oberschlesien wieder aufgenommen. An diesem Tage aber hat nur die Eisenbahnunterkommission beraten. Am Donnerstag traf der Bevollmächtigte der polnischen Regierung Olzowski und Korfanti in Kattowitz ein. Auch die Grenzkommission hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen und zwar im Ratiborer Kreise.

Calonders Reise nach Schlesien.

Kattowitz, 28. Dezember. Die „Oberschlesische Volksstimme“ berichtet, daß Calonder auf seiner Reise nach Oberschlesien Dr. Wellmann, ein Dozent der Genfer Universität, als Privatsekretär begleitet wird. Im ganzen werden sechs Herren nach Oberschlesien kommen. Dasselbe Blatt erklärt, daß Herr Sodas aus Gesundheitsrücksichten auf seine Mitarbeit als Sachverständiger bei den ober-schlesischen Verhandlungen verzichtet habe.

Kattowitz, 28. Dezember. In den nächsten Tagen wird General Verond nach Oberschlesien zurückkehren.

Um das Professorengehalt.

Warschau, 29. Dezember. Zwischen dem Minister für öffentliche Aufklärung und dem Finanzminister brach ein Konflikt aus wegen eines Gegenantrages des Finanzministeriums bezüglich des Gehalts der Lehrer an höheren Schulen. In diesem Gegenantrag fest das Finanzministerium die Professorengehälter um 50 v. H. herab im Verhältnis zu den Pensionen, die vom Ministerium für öffentliche Aufklärung vorgeschlagen wurden. Gegenwärtig finden Verhandlungen zur Schlichtung des Konfliktes statt. Wahrscheinlich wird eine Kommission aller Minister gebildet werden, die eine bindende Erklärung abgibt.

Politische Tagesneuigkeiten.

Eine neue Residenz Karls von Habsburg. Ein englischer Lord hat dem Kaiser Karl ein Schloß auf der Insel Wight als Wohnsitz angeboten. Karl hofft, im Frühjahr die Erlaubnis zu bekommen, dahin zu übersiedeln.

Dr. Maximilian Pfeiffer deutscher Gesandter in Wien. Wie die „Telegr.-Union“ hört, ist die Ernennung des Botschaftsgeheimen Dr. Maximilian Pfeiffer zum Gesandten in Wien nunmehr erfolgt.

Der Kampf um die Reparationen.

Englisch-französischer Gegensatz.

Der „Observer“ behandelt in seiner Weihnachtsausgabe die Londoner Konferenz und betont, daß die Besprechungen zu keiner Einigung geführt haben. Das Blatt sagt, daß Briand selbst wohl nicht abgeneigt sei, Deutschland Konzeptionen zu machen, daß er es aber nicht könne mit Rücksicht auf seine Kammermehrheit. England aber müsse auf der Befolgung seiner Politik bestehen, da Leben und Tod des englischen Wirtschaftslebens und die Beschäftigung der britischen Arbeiter-Millionen davon abhängen.

Briand hat den Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois empfangen, um mit ihm über die deutschen Januarzahlungen zu sprechen. Nach Dubois empfing er den belgischen Botschafter. In politischen Kreisen wird gesagt, daß Frankreich und Belgien unter allen Umständen die Summen erhalten werden, die die Länder im Jahre 1922 erwarten, auch wenn in Cannes beschlossen werden sollte, daß Deutschland für das Jahr 1922 Erleichterungen erhält.

Briand vor dem Kammerausschuß.

Paris, 28. Dezember. (Tel.-U.) Briand hat vor der Kammerkommission des Auswärtigen Erklärungen über die Washingtoner Konferenz und über seine Londoner Besprechungen mit Lloyd George abgegeben. Er teilte mit, was die Londoner Besprechungen für einen Sinn gehabt haben und setzte in allgemeinen großen Zügen die Vorschläge auseinander, die der Konferenz von Cannes vorgelegt werden sollen.

Nach der Besprechung der Interpellation Klotz über die Londoner Besprechungen und über die bevorstehende Konferenz von Cannes erklärte die Kammer dem Ministerpräsidenten Briand Blankovollmacht für die Konferenz von Cannes. Darauf begann die Interpellationsdebatte über den Krieg der China-Bank. Am Montag hat sie bereits den Erfolg gehabt, daß Verhelot, der bekannte Generaldirektor des Auswärtigen Amtes, von seinem Amte zurückgetreten ist.

Französisch-belgische Unstimmigkeiten.

Paris, 28. Dezember. „Matin“ bringt die Nachricht, daß die belgische Presse Frankreich die Verletzung der Rechte Belgiens auf Entscheidung über eigene Interessen während der Londoner Beratungen anklagt. Dies erfordert eine kategorische Bruchung. In Wirklichkeit schlug Lloyd George verschiedene Zugeständnisse für das Jahr 1922 vor, und die französische Regierung legte gleichfalls ihre Entwürfe vor. Frankreich nimmt Belgien nicht das Recht selbst über seine Angelegenheiten zu bestimmen. Frankreich und Belgien haben Anrecht auf 60 Prozent der gesamten Entschädigungssumme und werden immer Hand in Hand gehen.

Vom Wiedergutmachungsausschuß.

Paris, 28. Dezember. Der Wiedergutmachungsausschuß veröffentlicht folgende Erklärung: Da die deutsche Regierung den Wiedergutmachungsausschuß hat, die deutschen Vertreter zu empfangen, hat der Ausschuss beschlossen, die deutschen Bevollmächtigten am 28. Dezember nachmittags zu empfangen. Der Berliner Korrespondent des Pariser „Journal“ fügt hinzu, daß die deutsche Delegation den alliierten Mächten eine Denkschrift überreichen wird, die die vom Wiedergutmachungsausschuß geforderten Einzelheiten über die wünschenswerten Einnahmen Deutschlands enthalten wird. Zugleich wird ein Plan vorgelegt werden, in welcher Weise die Reichsregierung beabsichtigt, die Wiedergutmachungsverpflichtungen am 15. Januar und am 15. Februar zu erfüllen. Die deutsche Regierung betont, daß sie darum den Weg mündlicher Verhandlungen gewählt habe, um schriftliche Antworten zu vermeiden, die im gegebenen Falle bei den Alliierten die Meinung erwecken könnten, daß Deutschland eine Verschleppung der Angelegenheit beabsichtigt.

Der Pariser Berichterstatter der „Morningpost“ erklärt, daß in Paris die Überzeugung vorherrsche, daß der Oberste Rat die Beschlüsse der Londoner Konferenz über die Wiedergutmachungen abändern werde. Deutschland wird in Cannes im Angesichte von neuen Gläubigern stehen, die darauf beharren werden, daß Deutschland bezahlt, weil es bezahlen kann.

Stimmen der Presse.

Die deutschen Zeitungen berichten, daß die französische Regierung eingehende Vorschläge über die Entschädigungen ausgearbeitet habe. Diese Vorschläge wurden einmütig von dem französischen Ministerrat gutgeheißen und sollen in der Konferenz von Cannes vorgelegt werden. Sie betreffen hauptsächlich die Zahlungen der Januar- und Februarraten und eine Herabsetzung der späteren Jahresraten um 20 bis 30 Prozent. Als Austausch für diese Zugeständnisse soll im Sinne des französischen Vorschlages von der sogenannten Garantiekommision die Aufsicht über die deutschen Finanzen und eine Kontrolle über die Reichsbank eingeführt werden.

Der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß in der Londoner Konferenz beschlossen wurde,

Deutschland solle im Jahre 1922 außer den Sachleistungen nur 500 Millionen deutsche Goldmark zahlen. „Times“ erwähnt, daß während der Londoner Verhandlungen erwogen wurde, ob es nicht möglich wäre, die deutschen Raten für 1922 nach einem neuen Plan zu verteilen. „Intransigent“, der bisher immer die Angelegenheit Belgiens gestützt hat, protestiert gegen eine Änderung der bisherigen Beschlüsse, die alle Reklamationen umstürzen. Belgien beabsichtigt in Cannes, sich diesem Plan zu widersetzen und berufe sich auf seine Vorrechte. Weiter werde Belgien nicht damit einverstanden sein, daß Deutschland im Jahre 1922 nur 500 Millionen in bar zahlt, und mit dem Vorschlag hervortreten, daß Deutschland im nächsten Jahre 2 Milliarden Goldmark bezahlen müsse. Belgien habe weiter eine Denkschrift ausgearbeitet, in der es beweist, daß Deutschland für 4 Milliarden ausländische Devisen bestreite, die in erster Linie als Garantie der deutschen Darlehen dienen können. Am Schlusse schlägt Belgien die Durchführung von Anordnungen vor, welche den Alliierten die Hälfte der deutschen Außenbestände sichern.

Um die 26 prozentige Exportabgabe.

Paris, 28. Dezember. Die „Information“ teilt aus Berlin mit, daß ein Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Garantiekommision abgeschlossen worden sei, nach dem der Ertrag der 26 prozentigen Exportabgabe vorläufig zur Verfügung der Reichsregierung bleibt, aber unter der Bedingung, daß die eingegangenen Summen stets zur Verfügung gehalten werden, falls die Reparationskommission sie verlangt. Dieses Abkommen und seine Verpflichtungen soll gesetzlich festgelegt werden. Auch von einer amerikanischen Anleihe so wieder die Rede.

Lloyd George in Cannes.

Paris, 28. Dezember. Lloyd George ist gestern nacht in Cannes eingetroffen. Er wohnt in der Villa Galetta, die früher einem Deutschen Herrn von Bräunig gehörte. Die Villa geriet bei Kriegsausbruch unter französische Verwaltung und wurde dort einigen Jahren von einem Engländer aus einer Verleumdung ergriffen. Die Konferenz selber wird in den Räumen des nördlichen Clubs abgehalten werden. Briand wird im Hotel Californien wohnen, der Londoner amerikanische Botschafter Harvey und die belgische Vertretung im Hotel Gallia.

Einladungen nach Cannes.

Paris, 28. Dezember. Briand wandte sich an die Regierungen Großbritanniens, Italiens, der Vereinigten Staaten, Japans und Belgiens mit der Bitte, daß sie ihre Vertreter zu der Konferenz in Cannes am 6. Januar ernennen sollen. Das Programm der Konferenz umfaßt die Entschädigungsfragen und die Zusammenberufung der internationalen Konferenz.

Die Spaltung in Washington.

Paris, 28. Dezember. Balfour erklärte in seiner Antwort auf die amerikanischen Vorschläge, daß Großbritannien die Tonnenzahl der Unterseeboote annehme. Admiral De Bon sagte, Frankreich könne die vorgeschlagenen 31 000 Tonnen nicht annehmen. Schanzer erinnert daran, daß Italien den Grundsatz der Gleichheit mit allen Mittelmeer-mächten erwarte. Hara betonte, daß 54 000 Tonnen U-Boote zur Verteidigung des japanischen Archipels erforderlich seien. Er könne deshalb den amerikanischen Vorschlag von 31 000 Tonnen nicht annehmen.

Der Washingtoner Korrespondent der „Daily Chronicle“ betrachtet die augenblickliche Lage der Washingtoner Konferenz sehr pessimistisch. Die Arbeit der Konferenz wurde unterbrochen, weil man Antworten aus Tokio und Paris erwartet, von denen es abhängen wird, ob der amerikanische Plan sich verwirklichen lasse. Jene Nacht, die zum Bruch der Verhandlungen beitrug, waren alle Folgen tragen müssen. Insofern Frankreich auf seinen Forderungen beharren wird, werde sich die Konferenz im Augenblick auf die Festlegung der Flottenstärke der drei größten Seemächte beschränken. Wenn Japan seinen Standpunkt in der Schantung-Angelegenheit nicht ändert, werde es ebenfalls die Folgen seines Widerstandes tragen müssen. Der „Times“, der bisher Frankreich gestützt hat, nimmt denselben Standpunkt ein und fügt hinzu, daß, wenn nicht eine Verständigung zwischen den Mächten erfolgt, dann die Zeit gewalttätiger Seeräuberaktionen erfolgen werde, damit bei der nächsten Konferenz jede der Mächte die größte Anzahl der Unterseeboote aufweise.

Eine Persönlichkeit, die dem Minister Sarraut nahesteht und Mitglied der französischen Delegation ist, erklärte dem „Eclair“, daß Frankreich energisch auf seiner Forderung der 30 000 Tonnen für seine Unterseeboote beharren werde. Der Minister, der sich mit der Frage beschäftigte, erkannte die Forderungen der französischen Delegation in Washington als berechtigt an. Deswegen wird sich die Konferenz, da sie in der Frage der Unterseeboote keine Einigung erzielt hat, mit dem Vorschlag der Zusammenberufung der internationalen Konferenz, die sich über diesen Punkt einigen wird, begnügen. Über die Großkampfschiffe ist eine Verständigung schon erfolgt. In Kürze wird ein Gesetzentwurf erscheinen, der die Tonnage dieser Schiffe regelt.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Uebersetzung 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30).

(21. Fortsetzung.) (Nachdruck unterjagt.)

„Die Fama behauptet, auch Ihr Vater habe zu diesen Werbern gezählt. Haben Sie etwas Derartiges bemerkt?“ „Rie! Ich erfuhr davon erst nach seinem Tode und bin überzeugt, daß es nur albernes Gewäsch ohne jede tatsächliche Grundlage ist.“

„Das behauptet auch Ihre Schwägerin.“

Toni Maibach schwieg. Der Untersuchungsrichter sah sie scharf an.

„Wissen Sie, daß es Frau Kreibitz war, die den ersten Verdacht auf Ihren Bruder warf?“

„Man hat es mir erzählt.“

„Was halten Sie davon?“

„Ich weiß es nicht. Ich war zur Zeit der Tat nicht daheim und halte mich auch sonst fern von jedem Verkehr, um nicht in Streitigkeiten und Tratschereien verwickelt zu werden.“

„Warum haben Sie dann den Brintnerhof gleich nach dem Leichenbegängnis verlassen? Wissen Sie nicht, daß dies in den Augen der Leute als eine stillschweigende Verurteilung Ihres Bruders ausgelegt wird?“

„Daran habe ich nicht gedacht. Ich wollte nur allem Gerede aus dem Wege gehen. Auch habe ich Rücksichten auf mich selbst zu nehmen.“

„Das heißt, Sie wollen abwarten, wie die Sache mit Ihren Verwandten ausgeht?“

„Ja.“

Nach Toni Maibach wurde Valentin Foregger gerufen. Toni sagte, als sie im Hinausgehen den Namen hörte, und

wurde rot, als sie dem Träger desselben im Vorgemach unerwartet gegenüberstand.

Mit ausweichendem Blick wollte sie auf ihn zueilen, er aber prallte bei ihrem Anblick zurück.

Blässe überzog für einen Moment sein Gesicht, dann zog er stumm den Hut und eilte wie ein Fremder an ihr vorüber.

Mit großen Augen blickte sie ihm finster nach.

Was sollte das bedeuten? Seit wann wollte er sie nicht mehr kennen?

Dann schoß ihr das Blut ins Gesicht, und sie warf den Kopf trozig zurück.

Schämte er sich ihrer Beziehungen vielleicht plötzlich, seit seine Schwester die Ihren ins Gefängnis gebracht? Er hielt ja immer sehr auf seinen guten Ruf vor den Leuten.

Ah — aber das brauchte sie sich doch nicht gefallen zu lassen. Da hatte sie auch noch ein Wort mitzureden. Nun hatte sie ihr Erbeil, auf das sie beide immer ihre stillen Hoffnungen gesetzt und Pläne gebaut hatten! Sie beschloß, ihn hier zu erwarten.

Im Bureau des Untersuchungsrichters beantwortete der Geschäftsleiter in dessen die ihm vorgelegten Fragen.

Nein, er hatte nie etwas bemerkt von einem Liebesverhältnis seiner Schwester mit dem Ermordeten. Brintner war einfach Stammgast in der „Sonne“ gewesen, nichts weiter. Die Vermutungen der Kellnerin seien Gewäsch. Wer weiß, was die Person sich einbilde, gehört und gesehen zu haben. Ob er etwas dagegen gehabt hätte, wenn seine Schwester Brintner hätte heiraten wollen? Durchaus nicht. Wie hätte er denn können, da sie doch ihre eigene Herrin und er von ihr abhängig sei?

Ob er an den von ihr gegen die jungen Brintner erhobenen Verdacht glaube? Keineswegs! Er sei vielmehr im

Gegensatz zur herrschenden Stimmung fest überzeugt, daß sie ganz unschuldig seien, und daß das Verbrechen von einem Ortsfremden begangen wurde.

„Ein solcher konnte trotz sofortiger Streifungen nirgends erfaßt werden“, wandte Dr. Blomberg ein. „Auch deuten die vielen Stichwunden auf persönlichen Haß hin.“

Valentin zuckte die Achseln.

„Ich könnte mir ganz gut denken, daß irgend ein zufällig vorübergehender Stromer durch einen Spalt im Vorhang Licht bei dem Mord sah und ihn beim Gelbzählen beobachtete. Er soll das ja mit Vorliebe getan haben. Da durch wurde die Habgucht des Fremden geweckt, er stieg durch das Fenster ein, überfiel Brintner, dieser wehrte sich, und so mag wohl in dem Angreifer auch der Haß aufgeflammt sein, der für den Augenblick alle anderen Gefühle überwog.“

Der Untersuchungsrichter nickte. „Möglich wäre es ja. Immerhin sprach gegen die Angeklagten sehr vieles.“

Dann entließ er Valentin Foregger.

Ziegler wurde angewiesen, Frau Kreibitz hereinzuführen.

Als Valentin das Vorgemach betrat, wandte sich vom Fenster Toni Maibach ab und trat auf ihn zu.

„Auf ein Wort — Herr Geschäftsleiter!“

Peinlich überrascht sah er sie an.

„Du — Sie sind noch hier?“

„Ja, ich wartete auf Sie.“

In diesem Augenblick erschien Frau Berta, von Ziegler geleitet. Auch sie schien peinlich berührt von Tonis Anwesenheit, grüßte fleißig und trachtete rasch an ihr vorbeizufahren.

„Ich warte unten auf Dich, Berta“, flüsterte ihr ihr Bruder hastig zu und folgte dann Toni, die stumm die Treppe hinabstieg. (Fortsetzung folgt.)

Das Programm des Völkerbundes.

Der Völkerbund, der am 10. Januar zu einer neuen Sitzung in Genf zusammentritt, wird den Oberkommissar in Danzig und den Präsidenten der Regierungskommission für das Saargebiet bestimmen.

Des weiteren wird der litauische Protest gegen die polnischen Tendenzen in Stadt und Provinz Wilna zur Sprache kommen, ferner die Interpellation Finlands und Lettlands zugunsten der Einwohner Ostkareliens, die gegenwärtig im Unabhängigkeitskampf gegen die Polischweiden begriffen sind. Das wichtige Problem wird aber der Schutz der christlichen Minoritäten in Galizien bilden, nachdem dieses Gebiet durch das Abkommen von Angora türkisch geworden ist. Auch die deutsch-polnischen Meinungsverschiedenheiten in Oberschlesien und der Konflikt zwischen Albanien und Serbien sollen zur Verhandlung kommen. Der Völkerbund hatte eine Sonderkommission nach Albanien entsandt, um die Lage an Ort und Stelle zu prüfen. Die Kommission wird einen Bericht vorlegen.

Schließlich wird der Völkerbund selbst eine Reihe von Fragen aufstellen, die dem Urteil des internationalen Schiedsgerichtshofes unterbreitet werden sollen, der demnächst zum ersten Male im Haag zusammentritt.

Dr. Schober über die Lage Oesterreichs.

Wien, 28. Dezember. (Telunion.) Der Wiener Vertreter der „Innsbrucker Nachrichten“ hatte eine Unterredung mit dem Bundeskanzler Dr. Schober über die innen- und außenpolitische Lage Oesterreichs. Dr. Schober bemerkte u. a.: Die Tätigkeit der Regierung auf innerpolitischem Gebiet habe das Ziel, durch Selbsthilfe den Wiederaufbau nicht nur vorzubereiten, sondern auch durchzuführen. Als ihre nächste Aufgabe betrachtet die Regierung, die Einnahmen und Ausgaben in ein natürliches Verhältnis zu bringen, wenn auch eine völlige Bilanzierung des Staats im gegenwärtigen Augenblick noch nicht erreicht werden könne. Die Regierung habe die Hoffnung auf Gewährung von Krediten noch nicht begraben. Die Verzögerung der Kreditation habe vielfach dazu beigetragen, daß die Krone einen so rapiden Abstieg machte. Er persönlich sei der Auffassung, daß man Oesterreich, das so ungeheure Anstrengungen der Selbsthilfe macht, in kurzer Zeit und mit den entsprechenden Mitteln beibringen werde. Bezüglich der außenpolitischen Lage beschränkt sich der Bundeskanzler auf einige Äußerungen zu der Westungarischen Frage und zu dem Verhältnis zur Tschechoslowakei. Er hofft, daß die ungarische Frage durch den Protest, den die österreichische Regierung über die Unregelmäßigkeiten und Mißbräuche bei der Vorbereitung und Durchführung des Plebiszits an die Völkerverversammlung und die Mächte gerichtet habe doch noch eine Lösung finden werde, die dem Rechtsstandpunkt Oesterreichs Gerechtigkeit widerfahren lasse. Als Ergebnis seiner Prager Reise stellte Dr. Schober fest, daß insofern ein Fortschritt in den Beziehungen der Tschechoslowakei und Oesterreichs zu verzeichnen sei, als ein Schiedsgerichtsvertrag entstanden sei, der in dem bisherigen Vertrage zwischen den beiden Staaten nicht vorgeesehen war. Die wirtschaftlichen Verträge, die im Interesse beider Vertragsschließenden abgeschlossen worden seien, kämen doch Oesterreich insofern zugute, als in ihnen die seit Jahr und Tag gepredigte Idee der Annäherung zwischen den Nachfolgestaaten zum ersten Male praktisch zur Durchführung gelangt sei. Dr. Schober gab dann noch der Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1922 den Aufstieg zur endgültigen wirtschaftlichen Konsolidierung Oesterreichs bringen werde.

Deutsches Reich.

Verkehrserleichterungen bei der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnen. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und Angewandter befindet sich augenblicklich in einem Zustand innerer Zersplitterung. Die höheren Beamten und die Verbände der mittleren (Obersekretäre) Beamten in Bayern und Württemberg haben bereits ihren Austritt erklärt.

Personalverminderung bei der Eisenbahn. Den kürzlich im Amt befindlichen Reichseisenbahnbeamten sollen nach der Ansicht des Reichsverkehrsministeriums die wohlverordneten Rechte gewahrt bleiben. Dagegen ist in Aussicht genommen, in Zukunft an die Stelle des öffentlich-rechtlichen Dienstvertrages die Anstellung auf Privatdienstvertrag treten zu lassen. Im Handwerker- und Arbeiterverband der Reichseisenbahnverwaltung soll schon in nächster Zeit eine Verringerung um zunächst 2000 Köpfe eintreten.

Aus der polnischen Presse.

Die Intelligenz und die Parteien. Der „Kurjer Polski“ meldet, daß in Warschau unangenehm unter dem Vorzeichen des Restors der Intelligenz steht. Prof. J. A. Stokanowski, eine Versammlung der Intelligenz stattfand. In dieser Versammlung wurde ein Rückgang des politischen Lebens insofern festgestellt, als die Parteimethoden, die sich in gegenseitigen Beschimpfungen und in Mißachtung der Staatsgewalt kundgeben, wurden aufs schärfste verurteilt, und es wurde ausgesprochen, daß wenn die Parteien ihre Methoden nicht ändern sollten, die Intelligenz gezwungen sein würde, sich der Teilnahme am politischen Leben zu enthalten. Dazu fragt das genannte polnische Blatt: „Wer will sich enthalten und wessen? Der Teil der Intelligenz, der lebhafte Anteil an den Parteikämpfen nimmt, ist von der Parteiverminderung selbst schwer betroffen. Man könnte hier eine Reihe von Namen von Professoren nennen, die selbst stark dazu beigetragen haben die Leidenschaft auf dem Parteimarkt zu entfesseln. Es ist nicht wahr, daß nur die unteren Schichten des Volkes und das kleinbürgerliche Element sich in den Parteikämpfen so verhielten. Die Intelligenz, die an den Parteikämpfen teilnimmt, hat nichts von einem Engel an sich, aber sehr viel von einem gereizten Hahn. Der sensiblere und tiefer empfindende Teil der Intelligenz hält sich schon längst fern und will sich nicht in die Politik mischen, wo wenig Vernunft, aber viel Geheiß ist. Schade! Gerade dieser vernünftiger und kultivierte Teil möchte die Atmosphäre reiner und gesünder machen.“ Zu demselben Thema schreibt der „Dziennik Pows.“ in seiner Nr. 278: „Die Diskussion in der Versammlung der Warschauer Intelligenz scheint die Diskussion in der Versammlung der denkenden Teil der Bevölkerung ein Beweis dafür zu sein, daß die Parteien den denkenden Teil der Bevölkerung zur Verzweiflung gebracht haben und sie jetzt veranlassen, sich vom politischen Leben fernzuhalten. Gerade vor diesem Verfall stehen wir. Der Parteipräsident Komitowski in seiner Krakauer Rede, die Recht bestand der „Kurjer Polski“, daß dieses Verfall stehen einer neuen Katastrophe gleichkäme. Die Lage ist in der Tat nicht einfach: Die Intelligenz, die jetzt in den Parteien mitwirkt, wendet zum Teil selbst die bekämpften Methoden an, zum Teil widersteht sie ihnen zum mindesten nicht. Die Intelligenz, die eine Gesundung der Verhältnisse herbeiführen will, wird innerhalb der Parteien nicht zum Wort zugelassen und muß sich beiseite schieben lassen, um den Agitatoren Platz zu machen.“

Mit der Entvölkerung der Städte Opatow beschäftigt sich der „Dziennik Pows.“ in einem Aufsatz über die Kolonisation der Opatow.

grenzgebiete. Folgende Beispiele werden dort angeführt: Grodno hatte vor dem Kriege 66 000 Einwohner, hat jetzt 28 000; Brest vor dem Kriege 57 000, jetzt 14 000; Kobryn: damals 11 800, jetzt 8800; Nowogrodelsk: damals 8400, jetzt 5000; Pinsk: damals 38 000, jetzt 21 000; Pruzana damals 11 400, jetzt 6100; Slonim damals 21 800, jetzt 9700; Tschortkowski damals 4800, jetzt 1800; Swieczan damals 6800, jetzt 3900.

Sozial- u. Provinzialzeitung.

Posen, 29. Dezember.

Eine Rundgebung der Provinzialsynode an die evangelischen Gemeindeglieder.

In den Weihnachtstagen ist folgende Rundgebung der Landes-synode an die evangelischen Gemeindeglieder von den Kanzeln der unierten evangelischen Kirche verlesen worden:

Nach in letzter Stunde werden sich die zur Provinzialsynode in Posen versammelten Vertreter der unierten evangelischen Landeskirche an alle evangelischen Glaubensgenossen mit der herzlichsten Bitte: Wandert nicht ziellos und planlos aus der alten Heimat und von Eurer lieben Kirche fort, sonst werdet Ihr es später einmal bereuen. Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten und Opfer, die von uns allen unter den veränderten Verhältnissen gefordert werden, aber sie geben uns doch keinen Grund zur Flucht. Schon zu große Wunden hat die übertriebene und unnütze Abwanderung vieler Evangelischen unserem kirchlichen Leben geschlagen, fast alle Gemeinden haben empfindliche Verluste an Seelenzahl zu beklagen, ja einzelne haben bis zur Hälfte ihres Bestandes und mehr verloren, so daß die Kirchen nicht mehr gefüllt werden können und unsere Wideracher schon die Zeit herangekommen glauben, von der sie früher immer gesprochen, wenn in der Diaspora neue evangelische Kirchen gebaut wurden: „Baut Ihr Evangelischen nur Kirchen, wir bekommen sie doch nachher.“

Liebe evangelische Brüder und Schwestern! Könnt Ihr das vor Gott und Euren Vorfahren verantworten, daß Ihr Eure schönen würdigen Gotteshäuser ohne zwingenden Grund in Stich laßt, wollt Ihr lieben Frauen nicht insonderheit in dieser schweren Zeit Euren Männern als treue Gefährtinnen zur Seite stehen, anstatt ihnen durch ängstliches Sorgen und Drängen das Ausstehen noch zu erschweren? Die meisten bisherigen Auswanderer sind keine Flüchtlinge, die meisten haben noch nicht unerträgliches um ihres Deutschtums und ihres Glaubenswillen gelitten und haben deshalb keinen begründeten Anbruch auf Hilfe und Hilfege von Seiten der Heimat! Wir bitten Euch: Vermehrt nicht die Zahl dieser Glaubensgenossen, sondern bleibt in Eurer Heimat, die Euch bisher lieblich und geistlich reich genährt und die durch den Schweiß Eurer Väter und die Gräber Eurer Lieben Euch geistlich sein muß, auch wenn sie ohne unsere Schuld unter fremde Herrschaft gekommen ist. Eure Vorfahren sind doch auch nicht ausgewandert, als dieses Land erst vor 150 Jahren unter polnischer Herrschaft war, sondern haben treulich das Evangelium durch viel schwere Zeiten hindurch gerettet. Wollt Ihr Euch ihrer nicht würdig erweisen, sondern treuzugewandert und leidenschaftlich sein? Dann seid Ihr keine rechten Jünger Jesu, der von den Seinen verlangt: Wer mir nachfolgen will, der verleugne sich selbst und nehme sein Kreuz auf sich und folge mir. Bleibe im Lande und nähre dich redlich. — Dieses Gotteswort hat immer noch seine Verheißung, und das Ausstehen bis ans Ende hat immer seinen Lohn. Und wenig das auch nicht wäre, soll ein Christ an der Stelle anstehen, an welche Gott ihn gestellt hat, so lange er kann und bis der Herr ihn selbst abruft.

Mögen diese Worte treuer evangelischer Männer auf fruchtbaren Boden fallen! Wer glaubt, sich nicht. Wir aber sind nicht von denen, die da weichen und verdammt werden, sondern von denen, die da glauben und die Seele retten. Von denen, die hier bleiben, möge das Wort des Jesajas gelten, das er sprach, als vom Volke Israel wurde der 10. Teil noch im Lande übrig geblieben war und das Volk einer Eiche gleich, von welcher beim Fällen noch ein Stumpf bleibt: „Ein heiliger Same wird sich ein Stamm sein.“

Die Zwölfnächte.

Die Zeit, in der wir gegenwärtig uns befinden, und zwar vom 25. Dezember bis einschl. 6. Januar, führt im Volksmunde die Bezeichnung der Zwölfnächte oder Zwölftage. Diese Tage waren bei den alten Deutschen Festtage zur Feier der Winter Sonnenwende, an denen alle Arbeit ruhen mußte. Die christliche Kirche hat sich durch die Übernahme dieser Festtage auch hier dem Heidentum angepaßt, um diesem dadurch den Abtritt zum Christentum schmackhafter, mündgerechter zu machen. Mit den Zwölfnächten verbinden sich mancherlei weitverbreitete abergläubische Vorstellungen und Bräuche. So ist es bekannt, daß man in dieser Zeit, wenn man sich vor bösen Gestaunsschlägen sichern will, keine Hülsenfrüchte essen darf. Ebenso weiß jede Hausfrau, daß man in diesem Zeitraum keine Wäsche waschen oder solche aufhängen darf, um vor Unglück bewahrt zu bleiben. Und unsere Hausfrauen pflegen, wenn sie auch über diesen Aberglauben weit erhaben sind, ihm doch Zugeständnisse zu machen, indem sie eben in dieser Zeit keine Hülsenfrüchte kochen und keine Wäsche waschen.

Der letzte Tag im Jahre, der 31. Dezember, führt bekanntlich im Volksmunde den Namen Silvesterabend oder Silvesterabend. Er ist in der römisch-katholischen Kirche der Erinnerung des Papstes Silvester I. geweiht, der von 314 bis 335 auf dem Stuhle Petri saß. Daß er das Konzil von Nicäa berufen, noch daß es ihn nachträglich um Bestätigung seiner Beschlüsse ersucht, noch endlich, daß er von Konstantin dem Großen verbannt, diesen später durch die Tausche vom Ausfluß gereinigt habe, ist geschichtlich. Das Konzil von Nicäa beschloß Silvester nur mit zwei Delegierten. Die Tausche Konstantins wurde erst kurz vor dessen Tode vollzogen. Vor allem ist Papst Silvester I. der Held der späteren Legende von der Konstantinischen Schenkung (Donatio Constantini). Die griechisch-katholische Kirche feiert sein Gedächtnis am 2. Januar.

Ein Stadterverordnetenratung. und zwar die letzte der alten Stadterverordneten, findet heute, Donnerstag, von 6 Uhr ab statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte:

Antrag des Droguistenverbandes wegen des Verschuldes; die Angelegenheit wegen der Posener Messe; Vertragsvermittlung für ein amerikanisches Denkmal; persönliche Angelegenheiten.

Zur Beachtung für Eisenbahnreisende. Das auf dem Bahnhofe der Ankunft und Abfahrt derzüge herrschende Gedränge wird von der Diebeszunft immer wieder zur Verübung von Diebstählen benutzt. So wurden am Weihnachts-Feiertagsabend nicht weniger als drei Diebstähle von Koffern verübt, die ihre Eigentümer unbeachtet beiseite gestellt hatten. Das Publikum kann nicht eindrucklich genug zur Vorsicht auf dem Bahnhofe ermahnt werden.

Die jüdischen Vereine veranstalten am Sonntag, dem 1. Januar, in den Räumen der Grabenloge einen geselligen Chanukah-Abend. Näheres ist aus der Anzeige zu ersehen.

„Aufgeklärter „Raubüberfall“. Am vergangenen Donnerstag erlitten die der Polizei eine Marie Pawlak, Grobla 8 (fr. Grabenstraße) wohnhaft, und machte mit allen Zeichen der Aufregung und des Entsetzens davon Mitteilung, daß sie im Hause ul. Egwasta 15 (fr. Schuhmacherstraße) ihre dort bei einem gewissen Popiak in Schlafstube wohnende Freundin, die 28jährige Antonina Niedzwiedzka aus Kalisch, in der Wohnung einer Frau Pluch, die verheiratet ist, gefesselt und beraubt aufgefunden habe. Bei den sofort angeforderten polizeilichen Ermittlungen erklärte die Niedzwiedzka, daß zwei ihr unbekannte Männer in Soldatenuniform in die Wohnung der Frau Pluch, in der sie sich aufhielt, eingedrungen

seien und von ihr die Herausgabe von Sachen und Geld verlangt hätten. Auf ihre Weigerung hin habe der eine Bandit einen Revolver vorgehalten und sie mit Schüssen bedroht, wenn sie auch nur einen Laut von sich geben würde. Der zweite sei mit geklammertem Messer auf sie eingedrungen, habe ihr ein Tuch in den Mund gestopft und sie am Bett festgebunden. Darauf hätten beide einen Koffer mit Kleidungsstücken, die zum größten Teil der Frau Pluch, zum kleineren ihr selbst gehörten, ergriffen und seien damit von dannen gezogen. Der Polizeibeamte stand diesen Befundungen von Anfang an skeptisch gegenüber und jagte der angeblich überfallenen schließlich auf den Kopf zu, daß der „Raubüberfall“ von ihr erdichtet sei. Diese bequeme sich sofort zu dem Geständnis, daß sie selbst den Diebstahl ausgeführt habe, um zu Geld zu kommen. Sie hatte nach ihrem Geständnis die Sachen zu einer Freundin in der ul. Piaskowa (fr. Sandstraße) gebracht, lehnte dann in ihre Schlafstube zurück und ließ sich dort von ihrer Freundin Marie Pawlak fesseln. Beide wurden festgenommen, sind jedoch inzwischen als nicht fluchtverdächtig wieder freigelassen worden.

Diebstahl. Aus einer Wohnung des Hauses Chwaliszewo 25 (fr. Wallstraße) wurde ein Korb mit Damenkleidung und Wäsche im Werte von 120 000 M. gestohlen. — Aus dem Wartezimmer eines Arztes wurde ein Bild im schwarzen Rahmen, die letzten Augenblicke Chopins darstellend, 100 x 80 Zentimeter gestohlen.

Barockschin, 28. Dezember. Ein schönes Beispiel deutscher Hilfsbereitschaft war die hier veranstaltete Armenbesuchung. Die Armen in den Städten leiden dies Jahr infolge der ungeheuren Lebensmittelpreise besonders Not und so hatte sich die hiesige Geschäftsführung des Deutschtumsbundes an ihre Mitglieder des Landbezirks gewandt und gebeten, ihr durch Lebensmittelpenden zu helfen, den Armen eine Weihnachtsbesuchung zu bereiten, die sie die schwere Zeit etwas vergessen läßt. Diesem Wunsch wurde in geradezu vorbildlicher Weise nachgegangen. Die Lebensmittelpenden gingen so reichlich ein, daß der Gabentisch der Armen wie noch nie bestückt war. Wir wünschen nur, jeder der Geber hätte die glückseligsten Gesichter der Beschenkten sehen können, er hätte sich dann reich belohnt gefühlt für seine Liebestätigkeit. Die Kreisgeschäftsstelle Jaroschin des Deutschtumsbundes dankt auch an dieser Stelle nochmals herzlich allen, die sich an diesem Liebeswerk beteiligt haben.

Bromberg, 28. Dezember. Die Belegschaft der Maschinenfabrik C. B. umwe u. Sohn A.-G. in Bromberg-Prinzenhof, ist am 21. d. Mts. wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten; die Werkmeister und Bekehrigen halten den Betrieb der Fabrik notdürftig aufrecht. In den anderen Fabriken wird weiter gearbeitet.

Bromberg, 28. Dezember. Kardinal Erzbischof Dr. Dalbog hat dem Pfarrer Putz in Bromberg den Titel Probst verliehen.

Briefkasten der Schriftleitung.

H. D. 1. Sie müssen in diesem Falle die Emigranten, sowie alle anderen Steuern hinterlegen. 2. Über die Höchstgrenze der Schwere des Handgepäcks sind uns keine Bestimmungen bekannt. Zollpflichtige Gegenstände unterliegen selbstredend der Verzollung.

M. W. L. 228. 1. Ihre Erbvererbung kann Ihnen auch im Falle Ihrer Option niemand streitig machen. 2. Ihre zweite Frage kann Ihnen niemand, auch wir nicht, weder im bejahenden noch im verneinenden Sinne beantworten.

J. M. in W. Ja. Sausnummer 20. Die Nachlasssteuer ist von dem heutigen Werte zu zahlen und nicht von dem Werte, der seinerzeit bei der Aufhebung des Testaments festgestellt wurde.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurze der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	29. Dezember	27. Dezember
Bank Zwiastu I—IX em. unget.	220 +	220 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VIII.	360 + A	360 + A
Amlekt, Poczta i Sta. I—VI em.	220 + A	225 + A
Bank Ziemian I—III.	225 + N	—
Centrala Stör I—IV (exkl. Bezr.)	230 + N	230 + N
Poznań, Sz. Drzewna (ex. Bezr.) I—IV	500 + A	—
Bytomnia Chemiczna I—II.	190 + N	160 + N
III.	165 + N	160 + N
Gurtownia Zwiastowa	—	140 + N
Gurtownia Drog.	145 + N	140 +
Dr. Roman May I—IV (exkl. Divid.)	410 + N	405 + N
Cegielski I—VII em. (exkl. Bezugsr.)	190 + A	—
Watra	350 + N	335 + N
C. Hartwig I—IV em.	320 +	310 + N
R. Barcikowski I—V em.	160 + A	155 + N

Unoffizielle Kurse:

Bank Centralny	—	—
Bank Poznański	—	—
Bank Przemysłowców	200—205 + A	200 + A
Hartwig Kantorowicz (exkl. Kupen)	—	515 +
Wielk. Guta Wiedzi.	—	280 + N
Arcona	—	285 + N
Hersfeld-Viktoria	280 + A	270 + N
Sarmatia	390 +	365 + N
Benksi	—	490 + N
Wagon Ostrowo	—	150 + A
Gurtownia Spółki Spożywczej	150 + N	—
Papiernia Wydzolaj	—	200-190-195 +
Pneumatik	145 + N	145 + N
Erie	170 +	—
Wyrobny Ceramiczne Protokol	140 + N	—
Gurtownia Stör II.	190 + A	—

Berliner Börsenbericht

vom 28. Dezember.

Diskonto-Komm.-Anleihe	420.—	3 1/2 % Pos. Wandbriefe	21.—
Berliner Maschinen-Fabrik	—	Polnische Noten	6.5
Schwarzkopf	358.—	Auszahlung Warschau	6.125
Hartmann Masch.-Werk	802.—	Kriegsnoten	7.—
Düffeldorf, Waggonfabrik	—	Dollar	183.—
Altien	701.—	Englische Pfund	770.—
Schumann Eisenbahn	455.—	Holländische Gulden	6675.—
Requina Comp.-Akt.	575.—	Schweizer Franken	3590.—
R. Wolff	980.—	Danzig polnische Mark	—
4 % Pos. Wandbriefe	22.—	Noten	—

Gauckel-Schriftleitung: Dr. Wilhelm Soewenthal.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Soewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf der brechtene; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Schmidt in Posen.

Alle diejenigen,

die das „Posener Tageblatt“ nicht bereits beziehen, wollen den unseitigen Postbestellschein ausfüllen und unfrankiert in den nächsten Briefkästen werfen.

Am 27. Dezember mittags 1/2 1 Uhr entlichst
sanft nach längerem Leiden meine gute heils-
geliebte Mutter

Witwe Stille Strecker

geb. Schulz

im Alter von 68 Jahren.

In tiefer Trauer:
Hedwig Strecker.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 30.
Dezember, nachm. 2 Uhr von der Leichenhalle des
Kreuzkirchhofes vor dem früh. Ritterort aus statt.

Sehr günstiges Objekt.

Schön gelegenes, in sehr gutem Zustande befind-
liches Hotel mit Saal und Garten, an Hauptverkehrs-
straße, flotter Betrieb, ist mit vollständigem
Inventar zum Preise von 300 000 M. bei 200 000 M.
Anzahl sofort zu verkaufen. land. Gef. Angeb. an
Hotel zur Stadt Görlitz in Seidenberg
in der Oberlausitz.

Apotheke

Nicht kurz entschlossener Käufer bei einer Anzahlung bis 5
Millionen sofort zu kaufen. Vorkaufszahlung. Ausführliche
Offerten unter 14027 an das Annoncenbüro „Par“,
Poznań, ul. Fr. Kafajczaka 8, erbeten.

Sehr gut erhaltenes
Schwarzes Klavier,
Friedensware, 1914 gekauft, 1 35 Meter hoch,
1 eiserner Geldschrank,
2 wertvolle Bilder,

historische Begebenheiten darstellend, zu verkaufen. Angebote
unter N. 3. 4436 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten

Wegen Fortzuges verkaufe
1 Herrenschneidermaschine,
sehr sauber arbeitend, für den feinen Preis von
80 000 Mark. Fortsch. verbieten. Offerten unter
S. P. 4453 an die Geschäftsstelle dieses Blattes

**1 kompl. Motor, 10 PS., Dreisch-
jak u. eine Schrotmühle**
stehen zum Verkauf. (4445)
Mag Wambach, Janowiec.

Dampfdreischjak,
10 PS., englisches Fabrikat, sehr preiswert zu ver-
kaufen. Anfragen unter E. J. 4446 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Verkaufe **2 flotte Esel (Hengst
und Stute).** Offerten unter 4458 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

Kalender 1922

Ind erschienen und durch unsere Geschäftsstelle zu beziehen:
Wandkalender 50.—
Tafelkalender, allgemeiner 250.—
(herausgegeben vom Deutschbundsband)
Tafelkalender, landwirtschaftlicher 350.—
(herausgegeben vom Verband deutscher Genossenschaften).
Wochenabreißkalender (Blockform) 200.—
Notizkalender (Taschenbuchform) 250.—
dieser in Ganzleinen dauer-
haft gebunden 350.—

Der Versand nach auswärts erfolgt gegen Einsendung
des Betrages zuzüglich Verpackung (5.—), Porto als Ein-
schreibsendung (20.—) oder unter Nachnahme (30.—) durch
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.,
Poznań, ulica Zwierzyniecka (Tiergartenstr.) Nr. 6.
Wiederverkäufer erhalten üblichen Rabatt.

Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichner bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für Monat Januar 1922
durch die Post zum Preise von M. 275.— zuzüglich
Zustellgebühr.
Name Wohnort
Straße

Den geehrten Kaufleuten und Konsumenten
zur gefälligen Kenntnis, dass infolge Er-
höhung der Staatssteuern die Preise für
Zigaretten ab 27. 12. d. J. wie folgt festgesetzt sind:

Akademische	mit Mundstück	Mk. 50,—	10 Stck.
Pomorskie	"	" 60,—	10 "
Pour les Dames	"	" 70,—	10 "
Wielkopolskie	"	" 80,—	10 "
Zjednoczone	"	" 90,—	10 "
Specjalne	"	" 100,—	10 "
Bośnia	"	" 100,—	10 "
Esbe	ohne Mundstück	" 120,—	10 "
Bośnia	"	" 140,—	10 "

**„BOŚNIA“ - FABRYKA -
PAPIEROSÓW**
Stefan Bilski.

[War 204]

Geselliger Chanukah-Abend

veranstaltet von den hiesigen jüdischen Vereinen in den
Räumen der Loge, Grobla (früher Grabenstr.) zu
Poznań:

Sonntag, den 1. Januar 1922, abds. 6 Uhr.

Eintrittskarten am Saaleingang und im Vorverkauf
bei Buchi, Stary Rynek.
Besondere Einladungen ergehen nicht.
Der Festausverkauf.

Posener Sprachführer.

Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser
in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buch-
handlungen sowie gegen Einsendung von 25 Mark als
Einschreibsendung direkt vom Verlage:

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Dieser Sprachführer soll ein Helfer und Führer sein in der Hand der
jenigen, die der polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Polen
nicht zurechtfinden können und häufig hilflos stehen vor den ihnen vorliegend
unverständlichen Aufzeichnungen auf der Straße, in öffentlichen Gebäuden, in
den Wagen der Straßenbahn, in Geschäften und Gastwirtschaften. Er soll
dadurch mit dazu beitragen, daß den hier lebenden Gliedern der deutschen
Minderheit das Einleben in die neuen Verhältnisse erleichtert wird und
daß auch vorübergehend in Polen weilende Deutsche wenigstens von einem
Teil der Schwierigkeiten befreit werden, mit denen der Aufenthalt hier und
die Erledigung ihrer Geschäfte in Polen für sie verbunden ist.

Tausch-Geschäft Schmiegell-Berlin

Baden mit Wohnung zu tauschen ge-
sucht. Off. unter
B. G. 4463 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Stellenangebote (4442)
Stellengesuche (4454)

Deutsche Dienstmädchen,
(4442)
die nach Deutschland aus-
wandern wollen, finden sofort
in der Landwirtschaft Ver-
schaffung, 80 bis 100 M.
monatlich. Einreisegeheim-
nis erfolgt von hier aus.
Auskunft erteilt Heinrich
Schlenker, Hobbe, Kr.
Gutshaus, Nied.-Schl.

Zuverlässige Zeitungsaussträger
für Stadt und Wilda von sofort gesucht.
„Posener Tageblatt“, ulica Zwierzyniecka 6.

Suche für Gut Sonnenburg (550 Morgen) zum 1. 4.
1922 ein.
der nachw. mit gut. Erfolg
betriebl. hat. Zeugn. u. Ge-
haltsschein. a. Adm. Märl.
Alt-Kant. im Oberbruch.

Wer bei Chiffre-Anzeigen
innerhalb Polens seine eingereichte
Offerte sofort weiter be-
fordern haben will, den ersuchen
wir, Nr. 10.— für Porto dem
Briefe gleichzeitig beizufügen //

Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts“

Spielplan des „TEATR WIELKI“ m. Poznań

Freitag, den 30. 12. um 7 1/2 Uhr abends: „Die
verkaupte Braut“ von Fr. Smolany.
Sonntag, den 31. 12. um 7 1/2 Uhr abends: „Strafzug
Dwór“ von St. Monizto.
Sonntag, den 1. 1. 22 um 7 1/2 Uhr abends:
„Diolella“, Oper von F. Verdi.

Achtung!
Am 31. 12. 21
Sylvesterabend, im Saale
des Herrn
3. Poelchen, Lefno,
powiat Wągrowiec, statt-
findenden

**Volksunter-
haltungsabend**
mit anschließender
Tanzfränzchen
ladet ergebenst ein der
Auf. 7 Uhr abds. Vorstand.

Ladeneinrichtung
in hell. Eiche. In Ausführung
bestehend aus:

- 2 Repetitorien,
- 3 Ladentischen,
- 1 Kassentisch,
- 1 Schreibtisch mit Aus-
stellungsdiagramm,
- 2 Tischwagen,
- 1 Dezimalwaage,
- 5 gr. Kugelschloßplatt.,
- 3 große Matmorplatten,
- 4 Schaufelständer, einrichtg.,
- 1 breiter Glasständer mit
Spiegel, als Zischaufl.,
- 3 gr. Schwarzglasplatt.,
- 1 eiserner Kistenständer,
- 1 eisern. Ladentürraster,
- 2 Abteilwände,
- 3 Apparate f. Rollenpap.,
- 1 Perfekt-Türschließer

und anderes mehr billig zu
verkaufen. Die Gegenstände
sind wie neu und werden auch
einzeln verkauft.

H. Hummel,
Poznań, ul. Pocztowa 11. II.

1 Zweifelh. f. neu hell
Eiche, roman. 2 gr. Spiegel
m. Marmor (1 Kapp. 1 Gold-
rahmen). 1 Polstergarn. (Sofa,
2 Sessel Tisch, 6 Stühle). 1
gr. komb. Kleider- u. Wäsche-
schrank (2 x 2 40 m), 1 gr.
Bücherständer, reicher (2 10
x 2 50 m). 1 Delgemälde m.
Goldrahmen, 1 Paar elegant.
Antikgeschirre. 1 gut erhalt.
Damenstiel. 1 Tischuhr, 20 m
lg., verkauft. Thomas,
Szczepankowo, Bahnstaf.,
pocz. Szamotuły. (4459)

Zeitungsb- bezieher,

welche unser Blatt
durch die Post er-
halten, müssen bei
Unregelmäßigkeiten
in der Zustellung
oder bei einer Über-
siedlung nach einem
anderen Ort, über-
haupt in allen An-
gelegenheiten, die
den Bezug betreffen,
sich stets

an das Post- amt wenden,

welches die Zu-
stellung der Zeitung
an dem Wohnorte
des Beizers zuletzt
bewirkt hat.
Nur im Falle, daß
das Postamt ver-
sagt, den Nach-
nahmen wegen
nicht bündlicher
Vierierung nachzu-
kommen, bitten wir
eine Beschwerde an
die Geschäfts-
stelle in Poz-
nań ul. Zwierzy-
niecka 6 zu richten

PALACOWY Teatr

plac Wolności Nr. 6.
**Irrende
Seelen**
Psychologisch. Drama
nach dem berühmten
Roman „Idjota“ von
Dostojewski mit
Asta Nielsen
in der Hauptrolle.
Heute 1. Teil in 5
Akten
Grasses Künstler-Konzert.

Kino Colosseum

sw. Marcin 65
Nur bis 1. 1. 1922:
**König der
Abgründe!**
Gewaltig. Spannung
hervorrufend. Sen-
sations- und De-
tektiv - Drama in
6 Akten.
In der Hauptrolle
d. stärkste Mann
der Welt:
Albertini!
Achtung!
Täglich bis Sonn-
tag von 4-6 Uhr
außergewöhnliche
Jugend-Vorstellung.

Gesucht für Gymnasien gute streng rituelle Pension.

Off. an J. M. Kroll,
Kreuz. Pro. Poznań.
Eine Lebensgefährtin
m. Verm. Witwe v. zu 30 J.
nicht ausgesprochen. gesucht.
Angebote u. 4447 a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erbeten.

Lehrer, ev. 29 Jahre, zur
Zeit im Privatunterricht, ein-
st. Stadt Kommerzienrat, tätig,
jederzeit auf Wunsch in den
vr. Staatsdienst zurück-
wünscht die Bekanntschaft
einer gebildeten Dame
aus besserem Kreise zu. ipat.
Dietr. Anb. d.
Heirat. Bekanntschaft
d. Verm. angenehm. Gef. Off.
mit Bild unter 4450 an
die Geschäftsstelle dies. Blattes
erbeten. Bild sofort zurück.
Diskretion Ehrennache.

Jünger, ev. Landwirt mit
Barverm. wünscht Briewechsel
zwecks Heirat. bessere
Damen am liebsten. v. Bande
ob. deren Eltern, wollen ver-
trauensvoll ausf. Off. m.
Bild u. „Bild 4455“ a. d.
Geschäftsst. senden. Dietr. Ehrenf.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Freitag, 30. Dez., abds. 4 1/2 Uhr,
Sonntag morgen 10 Uhr
mit Predigt,
nachm. 5 Uhr Mincha,
abends 5 Uhr 39 M. Sab-
batausgang.
Werktags-Andacht.
Morgens 8 Uhr und abends
5 Uhr.
Synagoge B
(Israel. Brudergemeinde),
Ulrich Dominikanska.
Freitag 30. Dezember, nachm.
4 1/2 Uhr Mincha,
abends 6 1/2 Uhr mit Pre-
digt,
Sonntag vorm. 10 Uhr.
Werktags-Andacht.
Morgens 7 1/2 Uhr u. abends
4 1/2 Uhr.